

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

10. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

8. November 2022



dielinke-halle.de

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)



Markt der Solidarität und Besuch von Gregor Gysi

Am 1. November waren rund 400 Menschen mit uns auf dem Marktplatz, zuerst beim Markt der Solidarität und dann bei der Kundgebung der Bundestagsfraktion.

Gemeinsam wurde für Solidarität und soziale Gerechtigkeit demonstriert, gerade in Krisenzeiten. So kritisierten die Redner:innen die Tatsache, dass es keine ausreichenden Hilfen für die breite Mehrheit der Bevölkerung gibt, während die Energiepreispause auch Bestverdiener:innen zugute kommt. Andere wiederum kritisierten die soziale Schieflage, die sich daran zeige, dass es immer noch keine Übergewinnsteuer gibt. Für uns ist klar: Es braucht Umverteilung von oben nach unten und eine echte Sozialpolitik.

Beim vorherigem Markt der Solidarität ging es um konkrete Unterstützung. Hier haben Partner:innen von Sozialverbänden und Einrichtungen ihre Angebote vorgestellt, kamen mit den Bürger:innen ins Gespräch und haben wieder einmal gezeigt, wie wichtig solche Institutionen für den sozialen Zusammenhalt sind.

Wir danken allen Beteiligten und Teilnehmer:innen, allen voran den Aktiven aus den Vereinen und Verbänden. Die Politik hat ihnen viel zu viel zu verdanken!

Darüber hinaus bedanken wir uns bei den Genoss:innen aus Leipzig, die zahlreich vertreten waren, bei unserer Linksjugend Solid und dem Studierendenverband SDS sowie bei der fantastischen Suppenküche der LINKEN aus dem Saalekreis, die einen enorm guten Anklang fand.

Vielen Dank und gerne wieder!

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
04. 11. 2022
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 08. 12. 2022

Weiterer Antrag an die Gesamtmitgliederversammlung vom 12. November 2022

Kommunen sind das Herzstück der Demokratie - Europa geht nur solidarisch! DIE LINKE Halle bereitet sich auf die Kommunal- und Europawahlen vor

Im Jahr 2024 stehen Kommunal- und Europawahlen an. Die Gesamtmitgliederversammlung beauftragt den Stadtvorstand, die Vorbereitung für diese Wahlen zu übernehmen und auf den künftigen Gesamtmitgliederversammlungen im Jahr 2023 vorzustellen.

Die Europawahl muss auf Landes- und Bundesebene gestaltet werden. Hier soll der halleche Verband mit einer starken Stimme vertreten sein und sich inhaltlich in die Gestaltung einbringen. Gleichzeitig muss der Wahlkampf sich auch auf die Europawahl beziehen.

Organisatorisch, strategisch und inhaltlich steht für den Stadtverband unmittelbar die Kommunalwahl im Fokus. Der Stadtvorstand soll sich hier mit der Stadtratsfraktion abstimmen. Der Jugend- und Studierendenverband, die Arbeitsgruppen und Ortsverbände sollen in die nächsten Schritte der Vorbereitung eingebunden werden. Für DIE LINKE geht es

darum, Kommunen als Garanten für solidarischen Zusammenhalt, soziale Sicherheit und demokratische Beteiligung aller durchzusetzen.

Das geht nur gemeinsam. Deshalb setzen wir auf das Prinzip der offenen Listen und laden explizit auch Nicht-Parteimitglieder dazu ein, auf unseren Listen anzutreten. Unsere Kandidat:innen stehen für die linke Vision einer gerechten Kommune, sind in der Gesellschaft verankert und vertreten unsere Ziele im Konkreten. Der Stadtvorstand wird damit beauftragt, entsprechende Kandidat:innen zu gewinnen und Gespräche mit den bestehenden Mandatsträger:innen für eine erneute Kandidatur zu führen.

Auf der ersten Gesamtmitgliederversammlung im Jahr 2023 soll eine entsprechende Konzeption diskutiert und beschlossen werden. Auf der zweiten GMV in diesem Jahr soll über ein Kommunalwahlprogramm entschieden werden.

Diskussionsbeitrag zur Lage der LINKEN

Die LINKE hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich, in der sie verschiedene Rollen ausgefüllt hat und damit unterschiedlich erfolgreich war. Die Rolle der PDS nach der Entwicklung von der autoritären Staatspartei SED zur demokratisch-sozialistischen Partei war es, die Transformation nach der Wende und der deutschen Einheit zu gestalten und Partizipationslücken kritisch zu besetzen. Damit hat sie es geschafft, dass die marginalisierten ostdeutschen Perspektiven zumindest geringfügig wahrgenommen wurden und gleichermaßen keine komplette Entfremdung eingetreten ist. Sie hat sich also einerseits für die sozialen Interessen ostdeutscher Arbeiter*innen eingesetzt und gleichzeitig dabei geholfen, diese und ehemalige DDR-Manager*innen in die bundesdeutsche Demokratie zu integrieren. Dieses Verhältnis ist aus zwei Gründen niemals spannungsfrei gewesen. Zum einen stehen Integration und die durchaus notwendige radikale Opposition in einem widersprüchlichen Verhältnis, was teilweise auch einseitig zugunsten der Integration aufgelöst wurde. Das hat die Entwicklung der PDS

immer wieder verändert, teilweise auch beeinträchtigt. Zum anderen hat man hier ein politisch einmaliges Lager hinter sich gehabt, was aber nur in dieser spezifischen Konstellation möglich ist, angereichert durch überzeugte Linke in Ost und West, die aus den sozialen Bewegungen oder anderen Parteien kamen. Das bedeutet letztlich, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Wähler*innen und auch der Funktionär*innen zwar für die PDS war, aber eben nicht für den namensgebenden demokratischen Sozialismus. Die Erosion dieses Lagers musste also dazu führen, dass die PDS deutlich weniger Zuspruch erhielt, was durch den Widerstand gegen die neoliberale Wende der Sozialdemokratie ausgeglichen werden konnte. Denn auch wenn es eine strategisch riesige Leistung ist, die PDS und die WASG gegen die neoliberale Politik von Rot-Grün und später der GroKo zusammenzuführen, so basiert dieser Deal doch auf einer mehr als verdienten Schwäche der SPD und eben nicht darauf, dass über zehn Prozent der Wähler*innen demokratische Sozialist*innen wären. So gelang es der LINKEN

nicht nur ostdeutsches Protestpotential zu heben, sondern auch diejenigen kurzzeitig zu begeistern, die von dem Unrecht rund um Hartz IV, Finanzkrise & Co. besonders hart getroffen wurden. Nun ist das Problem bei dieser spontanen Lagerbildung anhand von aktuellen Konfliktlinien aber, dass man entweder bei Erfolg oder bei Misserfolg obsolet wird. Während Deutschland dahingehend „erfolgreich“ eine Einheit ist, dass niemand sie ernsthaft mehr abschaffen oder etwas jenseits historischer Gerechtigkeit mit Bezug auf die Treuhand erreichen will (trotz der aktuellen strukturellen Benachteiligung von Ostdeutschen), so war DIE LINKE beim Kampf gegen den Neoliberalismus so erfolglos, wie etliche andere Bewegungen in Deutschland auch. Letztlich glauben viele Menschen nicht (mehr), dass DIE LINKE tatsächlich etwas an den Verhältnissen ändert, zumindest nicht auf eine Art und Weise, die sie für verträglich halten. Zurzeit ist die AfD ein Angebot, was viele ehemalige LINKE Wähler*innen zwar ablehnen (und ohne Hoffnung eben gar nicht mehr wählen), aber andere wiederum als Alternative wahrnehmen, die mit ihrem Alltagsbewusstsein, welches eben durchaus neoliberal und menschenfeindlich sein kann, korrespondiert. Ausnahmen gibt es dort, wo DIE LINKE nicht aus der Opposition heraus agiert und sich weitere Wähler*innenbündnisse erschließen kann, was sowohl kommunal als auch landesspezifisch möglich ist. Allerdings geht auch hier seit Jahren bei der Stimmzahl bergab, zumindest wenn man es um andere Effekte, wie die Stärkung eines Ministerpräsidenten gegenüber der AfD, bereinigt. Kurzum: Der LINKEN bricht das Lager weg und ein neues ist nicht in Sicht. Denn auch die „Großstadt-Hipster“, auf die z.B. Sahra Wagenknecht alle Übel der Welt projizieren will, in denen einige andere dann aber das glatte Gegenteil sehen wollen, sind kein eigenständiges politisches Lager im Sinne des vorher benutzten Begriffes, denn dafür ist die angenommene Gruppe viel zu divers. Die meiner Meinung nach einzige sinnvolle Handlungsempfehlung kann also sein, auf den Versuch zu verzichten, wahlweise ein eigenes Lager zu erschaffen oder auf ein bestehendes abzielen. DIE LINKE wird mehrheitlich von denjenigen gewählt, die DIE LINKE gut finden, die also bereits links denken oder für linkes Gedankengut aufgrund einer Vorprägung anschlussfähig sind. Der Student in Halle oder die Chemikerin in Leuna wählen DIE LINKE

nicht, weil es ihrer soziale Rolle entspricht, sondern weil sie bereits für linkes Denken offen sind, was neben der Existenz als Lohnarbeiter*in oder Student*in wahrscheinlich durch andere Sozialisierungsmomente möglich wurde. Das Sein bestimmt schon das Bewusstsein, aber eben durch mehr Vermittlungsinstanzen als DIE LINKE ernsthaft beeinflussen könnte. Das steht in einem Konflikt mit der Idee, eine möglichst breite Masse dadurch anzusprechen, mit der Rolle als besonders gute Macher*innen, durch die Ineinssetzung mit der staatlichen Macht oder durch einen recht vereinfachten Populismus die Leute „von der Straße“ hinter sich vereinen zu wollen. Während es natürlich nicht falsch ist, konkret zu gestalten, auf die Breitenwirkung seiner Öffentlichkeitsarbeit zu achten und den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, neoliberaler Regierung und den Betroffenen sowie zwischen der Mehrheit und einigen Superreichen im Zweifel auch populistisch zuzuspitzen, so ist es albern, daraus das Gewinner-Rezept zur Rettung der LINKEN zu machen, egal in welche Richtung man gehen will. Inhaltlich sollten wir die Partei sein, die aus der sozialen Position heraus gewählt wird, erwerbslos oder Arbeiter*in zu sein, aber wir werden schlichtweg nicht als Klassenpartei wahrgenommen und sind damit auch keine. Die Partei ist eine Partei ohne Lager, was aber nicht heißen muss, dass sie verloren ist. Statt aufzugeben oder illusionäre Hoffnung zu haben, bringt dieser Befund die Verantwortung mit sich, uns als Partei so auszurichten, dass uns einerseits Menschen aus Überzeugung überhaupt wählen können und andererseits die Mitgliedschaft bei uns keiner Jagd nach dem verlorenen Schatz (des politischen Lagers) gewidmet ist, sondern der Einsatz für das Richtige und Gute. Dafür brauchen wir zum einen inhaltliche Klarheit, die darin besteht, dass sich auch Vertreter*innen in der Bundestagsfraktion an Parteitage beschließen halten müssen. Zum anderen brauchen wir ein Selbstbewusstsein, welches sich nicht auf vergangene Erfolge bezieht und diese nachstellen will. Mitglied in der LINKEN zu sein, darf nicht bedeuten, den Erfolg des eigenen Handelns daran festzumachen, unbedingt Mehrheiten errungen zu haben oder überhaupt auf allgemeines positives Feedback zu stoßen. Der Erfolg besteht erst einmal darin, und auch da sind wir eben längst nicht wirklich klar, der richtigen, d.h. sozialistischen, Position im hegemonialen Diskurs überhaupt einen Platz erkämpft zu haben und DIE LINKE als

einzigste Partei vertreten zu haben, die überhaupt eine Systemalternative zum herrschenden Neoliberalismus auch nur in Erwägung zieht. Denn genau das ist die historische Rolle der LINKEN, wenn man es inhaltlich betrachtet. Es ist kein Wunder, dass das in Deutschland, dem Kernland des Neoliberalismus, nicht besonders gut ankommt. Aber das ändert nichts daran, dass es richtig ist - und im genuinen Interesse der breiten Mehrheit.

Text: Lukas Wanke

AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

Zeit: 25. November 2022 um 18 Uhr

Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“, Am Kinderdorf 1, 06124 Halle

Der Leiter des Dienstleistungszentrums Klimaschutz der Stadt Halle, Daniel Zwick, hat sein Kommen zugesagt.

ÖPNV-Finanzierung in der Krise - jetzt umdenken!

Zum 100-Millionen-Euro-Loch beim MDV erklärt der Stadtvorstand der LINKEN:

„Seit Jahrzehnten wird den Menschen erzählt, ein fahrscheinloser Nahverkehr sei nicht möglich, weil man für Leistungen schließlich bezahlen müsse. Nun zeigt sich, dass auch nach unzähligen Preiserhöhungen, Privatisierungen und Einsparungen immer noch kein nachhaltig finanzierter ÖPNV zu haben ist. Wir müssen der Realität ins Auge sehen: Wir brauchen nicht mehr vom gleichen, sondern ein anderes Modell - einen gemeinschaftlich finanzierten ÖPNV, der für alle Bürger:innen barrierefrei nutzbar ist. In der jetzigen Krise fordert der MDV völlig zurecht mehr Mittel von Land und Bund. Darüber hinaus zeigt die Notwendigkeit dieser Forderung aber, dass wir ein neues Finanzierungsmodell brauchen. Der Staat muss den ÖPNV aus seinen Einnahmen finanzieren und allen zur Verfügung stellen, da Mobilität Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Grundrecht ist. Das 9-Euro-Ticket wäre ein richtiger Schritt dahin gewesen, wenn es mit massiven Investitionen untersetzt und verstetigt worden wäre. Wir fordern Land und Bund dazu auf, das Finanzloch beim MDV zu stopfen und gleichzeitig endlich über die Rolle der Feuerwehr hinauszugehen.“

Senioren-Treff

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren, hiermit möchte ich euch über die geplanten Termine für unseren Senioren-Treff informieren:

November

Termin: 30.11.2022, 14.30 Uhr

Ort: Linker Laden, Leitergasse 4

Thema: Was uns bewegt - Austausch über aktuelle Themen bei Kaffee und Kuchen

Dezember

Termin: wird noch rechtzeitig bekanntgegeben, voraussichtlich 14.12.2022

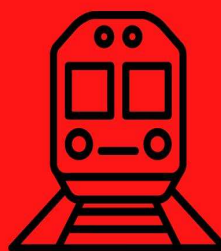
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4

Thema: gemütliches Beisammensein zum Jahresausklang

Ich freue mich, wenn ich euch wieder zahlreich zu unseren Veranstaltungen begrüßen kann.

Lydia Roloff

ÖPNV-Finanzierung in der Krise - jetzt umdenken!



dielinke-halle.de

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

wachsen: Leistungseinschränkungen und Preiserhöhungen drohen weitere Kund:innen des Umweltverbundes in Richtung des Motorisierten Individualverkehrs zu drängen. Es braucht deshalb eine echte Verkehrswende, die aus unserer Sicht Hand in Hand mit einem fahrscheinlosen Nahverkehr gehen muss.“

Aus der letzten Stadtratssitzung am 26. Oktober 2022

Unser Antrag „Den 9. Oktober angemessen und würdig als Tag des Gedenkens gestalten“ stand auf der Tagesordnung des Stadtrates.

Uns geht es mit diesem Antrag darum, den 9. Oktober angemessen und würdig als Tag des Gedenkens zu gestalten.

Hintergrund des Antrages ist, dass in diesem Jahr am 9. Oktober - des Tages, an dem vor drei Jahren der Anschlag auf die Synagoge erfolgte und zwei Menschen ihr Leben lassen mussten - der Mitteldeutsche Marathon auf dem Marktplatz stattfand.

Diese Konstellation fanden wir nicht passend. Der Marktplatz ist „aus der Geschichte der Folgetage des 9. Oktober 2019 in besonderer Weise mit dem Gedenken an den Anschlag verbunden und soll es auch künftig bleiben“, heißt es in der Begründung zu unserem Antrag. Wir möchten mit diesem Antrag u.a. erreichen, dass „hinsichtlich stattfindender und genehmigter Veranstaltungen sowie des Marktgeschehens ...die damit befassten Bereiche der Stadtverwaltung in geeigneter Weise für diese Priorität zu sensibilisieren sind.“ Konstellationen zwischen geplanten Veranstaltungen und dem Gedenken an den 9. Oktober sind frühzeitig mit allen Initiativen abzustimmen.

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen, also noch nicht entschieden. Im Stadtrat gab es dennoch eine Debatte zum Antrag.

Katja Müller brachte den Antrag für unsere Fraktion ein. Katja betonte, dass „es immer ein subjektives Empfinden sei, was pietätvolles Gedenken sei, aber die Frage müsse erlaubt sein, wohin man als Stadt am 9. Oktober die Aufmerksamkeit der Menschen lenken wolle.“

Leider beinhaltete die Stellungnahme der Verwaltung auch den Hinweis, dass der Antrag in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters eingreift, der für die Repräsentanz der Stadt und die Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung alleine zuständig ist. Darauf aufbauend kritisierte z.B. die CDU-Fraktion unseren Antrag, weil er ja rechtlich nicht zulässig sei. Die AfD-Fraktion bezeichnete unseren Antrag als überflüssig, „man leide in Deutschland sowieso schon unter zu vielen öffentlichen Mahntagen“.

Es bleibt also spannend, wie das Abstimmungsergebnis aussehen wird.

Beschlossen wurde im Stadtrat die neue Satzung für die Müllentsorgung. Die Biotonne wird z.B. von 34,56 auf 38,88 Euro angehoben. Auch die sogenannte Personengebühr erhöht sich.

Der Grund für die Erhöhung wird mit der generellen Preissteigerung begründet. Die Satzung gilt zunächst für ein Jahr (bisher waren es immer zwei Jahre.). Eine längere Preisentwicklung könne derzeit noch nicht abgeschätzt werden, so die Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft.

Beschlossen wurden mehrere Grabstätten als Ehrengrabstätten der Stadt Halle (Saale). So auch für Anselma Heine. Die Grabstätte befindet sich auf dem Stadtgottesacker. Anselma Heine wurde bekannt als Schriftstellerin, die vor allem mit der Frauenbewegung sympathisierte.

Beschlossen wurden im Stadtrat mehrere Bebauungspläne. Auch der Bebauungsplan 208, Wohn- und Geschäftsquartier, Böllberger Weg, wurde bestätigt. Es handelt sich hier um das Gebiet, auf dem ursprünglich ein Sportzentrum errichtet werden sollte. Auch wir konnten diesem Bebauungsplan jetzt zustimmen, weil es einige Änderungen zum Ursprungsentwurf gab, die im Stadtrat für Kritik sorgten. Neu ist, dass der geplante 11-Geschosser nicht gebaut wird, auch die Einzelhandelsfläche entfällt und die Bruttogeschossfläche um 10.000 m² reduziert wird.

Sehr umfangreich wurden unsere Anfragen zu Friedhöfen und Grabstätten beantwortet. So hat die Stadtverwaltung u.a. ausgeführt, dass es im Jahre 2021 insgesamt 101 Sozialbestattungen, d.h. Bestattungen für einsam verstorbene Personen, deren Bestattung die Ordnungsbehörde anweisen muss, gegeben hat.

Auch die Anfrage von Hendrik Lange zu städtischen Waldflächen wurde umfangreich beantwortet. Seine Fragen betrafen die Arbeit des Waldbeirates sowie die Ziele der Forsteinrichtung der Stadt Halle (Saale). So erfuhren wir, dass im Jahr 2021 1,6 ha Fläche wieder aufgeforstet wurde, im Jahr 2022 (Stand September) waren es 5,6 ha.

Ute Haupt

Rezension

Marietta Slomka: Nachts im Kanzleramt. Alles, was man schon immer über Politik wissen wollte. Droemer Verlag München 2022, ISBN 978-3-426-27871-0, 336 S.

Das Buch soll eine Botschaft vor allem an die jungen Leserinnen und Leser sein. Die bekannte Journalistin Marietta Slomka ruft diese auf „Es wird künftig an euch liegen, dafür zu kämpfen, dass wir nicht in vergangene Zeiten zurückfallen. „Früher“ war nicht besser, und Demokratie ist kein Selbstläufer“ (S. 327). Gleichwohl ist es für Lesende jeden Alters interessant, denn es übersetzt nicht nur Insider-vokabeln, sondern erläutert diese mit zahlreichen Beispielen und Anekdoten. Insofern geht es über Begriffserläuterungen von wikipedia hinaus und liest sich amüsanter als ein Wörterbuch. Dazu tragen auch die zahlreichen gelungenen Cartoons von Mario Lars bei. Weiterhin werden nicht nur die Termini erläutert, sondern auch die Hintergründe für bestimmte Entscheidungen und das pro und contra für deren Beibehaltung - z.B. für das unterschiedliche Wahlalter bei

Bundestags- und Gemeindewahlen (s. S. 16ff). Gleichfalls einbezogen werden unterschiedliche Herangehensweisen an bestimmte politische Instrumente - wie Volksentscheide - in verschiedenen Ländern (z.B. Deutschland - Schweiz). Allgemeiner widmet sie sich der Frage, warum ein Land überhaupt regiert werden muss?

Spannend sind ihre Überlegungen dazu, dass alle Parteien „aus Wut“ entstehen würden (S. 36ff). Erläutert werden dabei die Unterschiede zwischen Radikalen und Extremisten (S. 55), oder auch die Arbeitsweise der verschiedenen Gremien des Bundestages, sowie - ganz wichtig für die von ihr anvisierte Leserschaft: das „Recht auf Zukunft“ (S. 49).

Insgesamt gliedert sich das Buch in 6 große Bereiche: Demokratie, Deutschland, Medien, Wirtschaft, Europa und „kurz die Welt retten“.

Ulrike Knobloch Hildegard Theobald Corinna Dengler Ann-Christin Kleinert Christopher Gnadt Heidi Lehner Caring Societies - Sorgende Gesellschaften. Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit Beltz Juventa Verlag Weinheim Basel 2022, ISBN 978-3-7799-7196-2, 336 S.

Ausgangspunkt der Überlegungen einer Vielzahl von Autor*innen verschiedenster Wissenschaftsgebiete sind die aktuellen Sorgekrisen. Ziel des Sammelbandes sei es, Ideen unterschiedlicher Disziplinen darzustellen und miteinander ins Gespräch zu bringen - in 3 großen Abschnitten: Sorgende Politiken, Sorgende Ökonomie und Kollektives Sorgen. Teil vier ist ein „Sorge-Glossar“. Dieses soll gleich zu Anfang besonders hervorgehoben werden, da es inzwischen eine Vielzahl von Texten zu diesem Themenbereich gibt, in denen die Begriffe teilweise unterschiedlich gehandhabt werden. Deshalb verdient diese Arbeit der beiden Herausgeberinnen Ulrike Knobloch und Ann-Christin Kleinert ein besonderes Lob - erleichtert sie doch nicht nur das Lesen vorliegender Texte, sondern auch Teilhabe an künftigen Debatten!

Der Band erlaubt sowohl für „Neueinsteiger*innen in die Thematik eine schnelle Orientierung, bietet jedoch auch neue Aspekte und Problemfelder für Menschen, die sich bereits länger mit dieser Thematik beschäftigen. Im ersten Teil wird in „Care-Politiken, soziale Risiken und Geschlechtergleichheit im internationalen Vergleich“ eingeführt, um dann theoretische Annah-

men zur Erklärung internationaler Differenzen in diesen mit dem Typ des Wohlfahrtregimes zu untermauern.

Weiterhin wird sich solchen Themen wie Wohnen oder „intergenerationelles Umfeld für Menschen mit Demenz in Japan“ zugewandt, wie auch „Herausforderungen und Unterstützung von Studierenden mit Pflegeaufgaben“ zugewandt. Gerade letztgenannter Aspekt habe sowohl forschungsmäßig vor allem aber praktisch in Deutschland kaum Beachtung gefunden. Der zweite Teil (Caring Economy) greift nicht nur die Frage auf, was uns Friedrich Engels' versorgungsökonomische Konzepte heute noch zu sagen haben, sondern beschäftigt sich vor allem mit Zeitökonomie. Zeit wird als die mögliche Verbindung der verschiedenen gegenwärtigen Krisen thematisiert (s. S. 174ff). Auch in diesem Abschnitt gibt es wieder einen internationalen Fokus - auf die Manifestation der Sorgekrise in Vietnam (die bishertypischen familiären Sorgeverhältnisse zerbrechen angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt) - mit einem Ausblick auf das Jahr 2035.

Teil drei thematisiert „Caring commons“ und arbeitet



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat November Geburtstag haben.



dabei u.a. Gefahren heraus, die mit verschiedenen gegenwärtig existierenden Sorgemodellen verbunden wären. Zum einen sähen sich die in sorgenden Gemeinschaften Engagierten zwar durchaus in der helfenden, tendenziell jedoch weniger in der Hilfe empfangenden Rolle.

Weiterhin fehle die Aufmerksamkeit für diejenigen, denen wir unsere positive Aufmerksamkeit aus unterschiedlichsten Gründen nicht schenken möchten (vgl. S. 284). Generell könne mit der Orientierung auf

ehrenamtliche Sorgebeziehungen eine Preisgabe einer wesentlichen Errungenschaft moderner Gesellschaften verbunden sein: die Entkoppelung von sozialer Sicherung (Gewährung sozialer Rechte) und sozialer Beziehung (vgl. S. 278). Und: gemeinschaftlich-informelle Selbsthilfe kann zu Schattenwirtschaft und Niedriglohnsektor und damit (neuen) Verlierer*innen unserer modernen Gemeinschaft führen. Insofern bedarf es weiteren gemeinsamen Nachdenkens bzw. wie es im Buch heißt „weiterer Sorgefäden“.

Arn Strohmeier Falsche Loyalitäten. Israel, der Holocaust und die deutsche Erinnerungspolitik. Promedia Verlag Wien 2022, ISBN 978-3-85371-507-9, 175 S.

Der Autor beschäftigt sich seit Jahren mit der kritischen Aufarbeitung der NS-Zeit. Im hier vorgelegten Buch setzt er sich zum einen mit der These bzw. dem Streit um die Einzigartigkeit des Holocaust auseinander, zum anderen mit einem „Katechismus“ der Gedenkkultur in Deutschland. Dieser Begriff stamme von dem Australier A. Dirk Moses und enthielte ihm entsprechend folgende „Dogmen“:

1. Der Holocaust sei einzigartig, da er die uneingeschränkte Vernichtung von Juden aus ideologischen Gründen vorgesehen habe, im Gegensatz zu pragmatischen und begrenzten Zielen bei anderen Genozids
 2. Er habe die zwischenmenschliche Solidarität beispiellos zerstört
 3. Deutschland trage für die Juden in Deutschland eine besondere Verantwortung und sei daher Israel zu besonderer Loyalität verpflichtet
 4. Antisemitismus sei ein spezifisch deutsches Vorurteil und sollte nicht mit Rassismus verwechselt werden
 5. Antizionismus ist Antisemitismus (vgl. S. 12/13).
- In seiner weiteren Darstellung erläutert A. Strohmeier, dass und warum die Zionisten kaum etwas zur Rettung der Juden während des Nationalsozialismus getan und auch nach 1945 nur begrenzt und ausgewählt Personen in Israel aufgenommen haben (keine/kaum Kinder, alte und kranke Menschen). Auch die Erinnerung an den Holocaust habe bis zum Eichmann-Prozess in Israel nur eine spärliche Rolle gespielt.

In seiner weiteren Auseinandersetzung mit den verschiedenen Auffassungen zur Bewertung des Holocaust zitiert der Autor folgende Argumente gegen die These von der Einzigartigkeit des Holocaust:

1. Jede These sei in der Wissenschaft bestreitbar.
2. Diese These begründe eine Hierarchie von Verbrechen, Opfern und Leiden
3. Sie fordere zum Stolz auf den Holocaust auf und könne damit zur Zunahme von Antisemitismus führen
4. Sie behindere andere Formen des Gedenkens
5. Sie würde von bestimmten Gruppen instrumentalisiert
6. Sie führe zu einem moralischem Manichäismus (kenne nur gut und Böse)
7. werfe für die Wissenschaft unlösbare Fragen auf
8. es gäbe letztendlich auch unter den Juden keinen Konsens zu dieser These (vgl. S. 79/80).

Am Ende des Buches geht es um die „sekundären Opfer“ des Holocaust, die Palästinenser. Gerade hierzu schweige die deutsche Erinnerung, „aus Angst anzuerkennen, dass die Juden zu Tätern geworden“ seien (S. 134). Weiterhin widmet sich der Autor in diesem letzten Teil mit der Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (Internationale Holocaust Gedenk-Alliance) zum Antisemitismus. Sowohl diese als auch die vorangegangenen Argumentationen laden zur weiteren Auseinandersetzung ein.

Informationen
und Programm



Einladung zum
kommunalpolitischen Wochenende
im Herbst 2022

26.11.2022 und 27.11.2022

Hotel "Stadt Köthen"
Friedrich-Ebert-Str. 22
06366 Köthen (Anhalt)

kommunalpolitisches forum Sachsen-Anhalt e.V.



Programm am
Samstag,

26.11.2022

- 10:00 - 12:30 Uhr**
Presse und Öffentlichkeitsarbeit
für Kommunalvertretungen
Workshop mit
Annett Lippstreu von
pandamedien GmbH
- 12:30 - 13:30 Uhr**
Mittagspause mit Mittagessen
- 13:30 - 16:00 Uhr**
Aufaktveranstaltung
Kommunalwahl 2024
Einblick in Kommunalpolitik
mit Dr. Christine Radig
- 16:00 - 16:15 Uhr**
Kaffeepause
- 16:15 - 17:45 Uhr**
Personalpolitik in der Kommune
Seminar mit Evelyn Edler
- 18:00 - 19:00 Uhr**
Pause mit Abendessen
- ab 19 Uhr**
Kulturprogramm

Unterkunft

Es können **Einzelzimmer** im Hotel "Stadt Köthen", Friedrich-Ebert-Str. 22, 06366 Köthen(Anhalt) bezogen werden. Dafür benötigt es nur eine Mitteilung an uns. Es kommen keine zusätzlichen Kosten auf! Für das leibliche Wohl wird ebenso gesorgt. Am Samstagabend gibt es ein Kulturangebot.

Kosten

Der Teilnahmebeitrag für dieses Wochenende beträgt **30,00 Euro**. Vereinsmitglieder zahlen nur **20,00 Euro**. Ohne Übernachtung oder bei Teilnahme an nur einzelnen Blöcken reduziert sich der Preis.

Anmeldung

Anmeldeschluss ist der 18.11.2022. Gerne nehmen wir die Anmeldung per Mail unter info@kf-st.de oder per Brief mit dem Formular in diesem Flyer entgegen. Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen und Teilnehmende!

Liebes Mitglied,
liebe Kommunalpolitiker:innen,
liebe kommunalpolitisch Interessierte,
der „kommunalpolitisches forum“
Sachsen-Anhalt e.V. führt das herbstliche
kommunalpolitische Wochenendseminar in
Köthen(Anhalt) durch.

Mit unserem Wochenendseminar
richten wir uns an Ortschafts-, Gemeinde-
und Stadträt:innen, Mitglieder von
Kreistagen sowie Bürgermeister:innen und
natürlich alle kommunalpolitisch
Interessierte.

Sachkundige Referent:innen haben uns ihre
Unterstützung zugesichert und
freuen sich auf einen regen Dialog.
Wir laden Dich/Sie recht herzlich zu unserer
Veranstaltung ein und bitten Dich/Sie, auch
weitere Interessierte für unser
Wochenendseminar zu begeistern.
Für Deine/Ihre Unterstützung bedanken wir
uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Mario Blasche
Vereinsvorsitzender



Programm am
Sonntag,

27.11.2022

- 9:00 - 12:00 Uhr**
Wirtschaften in der Kommune
Seminar mit Frank Kuschel
- 12:00 - 13:00 Uhr**
Mittagspause mit Mittagessen
- 13:00 - 14:00 Uhr**
Offene Gesprächsrunde zur
Kommunalpolitik und Ausblick
mit Mario Blasche
- 14:00 Uhr**
Abschluss des Wochenendes
und Abreise



Anmeldung für den 26.11.2022 und den 27.11.2022

Vor- und Nachname: _____
Adresse: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____
Zimmer erwünscht? () JA () NEIN
Ich nehme am: () gesamten Wochenende teil
() Samstag teil/ Samstag ab _____ Uhr teil
() Sonntag teil/ Sonntag ab _____ Uhr teil
() nur an folgender/folgenden Veranstaltung/Veranstaltungen teil: _____

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte zusenden an: "kommunalpolitisches forum" Sachsen-Anhalt e.V., Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg

Unser Senioren-Treff im Oktober

Am 26. Oktober haben wir uns wieder zu unserem monatlichen Senioren-Treff getroffen. Geplant war der Besuch der Marienbibliothek. Aber aus organisatorischen Gründen konnten wir das so leider nicht verwirklichen.

Als „Ersatz“ haben wir uns zwei Ausstellungen im Stadtmuseum angesehen; die Ausstellung „Tagebuch der Gefühle - Wir sind die neuen Zeitzeugen!“ und die Ausstellung „Stadtwende HALLE - Handeln zwischen Zukunft und Verfall“. Beide Ausstellungen waren sehr interessant und haben uns jede auf ihre eigene Weise gefesselt.

„Tagebuch der Gefühle - Wir sind die neuen Zeitzeugen!“

Unter diesem Leitmotiv stellen sich 51 Jugendliche der Frage, weshalb Antisemitismus nach 1945 nicht aus Deutschland verschwunden ist. Sie stammen aus 7 verschiedenen Bildungseinrichtungen mit unterschiedlichem Bildungsniveau und doch verbindet sie das Projekt „Tagebuch der Gefühle“. Ziel der Gruppe ist es, vor allem junge Menschen über das Unrecht und die Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuklären. Entstanden war die Idee vor 10 Jahren, als eine kleine Gruppe Jugendlicher nach Auschwitz reiste, um ihr geschichtliches Wissen um die Taten des NS-Regimes zu erweitern. Dabei stellten sie fest - der Unterricht in der Schule reicht für dieses riesige Thema nicht aus. Während ihrer Reise schrieben die Jugendlichen Tagebücher, um ihre Gedanken und Emotionen über das Erlebte festzuhalten. Bald entstand die Idee, die erarbeiteten Wissensschätze zu teilen.

Nun wird bereits das 5. Tagebuch der Gefühle veröffentlicht, welches den Titel „Vant“ (Mauer) trägt. In der Ausstellung berichten die Jugendlichen nicht nur von ihrer Reise nach Auschwitz. Viel mehr erzählen sie ihre Geschichten aus 10 Jahren der Projektarbeit und damit auch von 10 Jahren Kampf gegen den Antisemitismus.

Die Gedanken, welche die Jugendlichen für diese Ausstellung niedergeschrieben und die Exponate, die sie zur Veranschaulichung beigesteuert haben, haben uns Besucher bewegt und beeindruckt.

„Stadtwende HALLE - Handeln zwischen Zukunft und Verfall“

Wer heute durch Halles Altstadt geht, stößt nur noch selten auf Spuren des einstigen Verfalls, der in den 1980er Jahren charakteristisch war und der „Diva in Grau“ ihren Namen verlieh. Die Stadt zeigt sich in neuem Glanz, die Häuser der historischen Altstadt sind heute denkmalgerecht saniert. Doch vieles ist auch verloren gegangen. Verfall und Abriss sowie städtebauliche Anpassungen im Zuge der DDR-Wohnungspolitik hatten die Stadt verändert.

In den 1980er Jahren hatten Bürgerinitiativen, vor allem der Arbeitskreis Innenstadt, eine „Stadtwende“ zur Rettung der Altstadt und die Mitsprache bei der Stadtplanung gefordert. Wie vermitteln wir heute solche erlebten und umstrittenen Umbrüche? Wie stellen wir Bezüge zur Gegenwart her?

Ein Forschungsteam der Universität Kassel um Professor Dr. habil. Harald Kegler stellte sich diesen Fragen und entwickelte gemeinsam mit dem Stadtmuseum Halle die Ausstellung mit dem Titel „Stadtwende HALLE“.

Die Ausstellung zeigt historische und aktuelle Stadtmodelle, Fotos der Künstlerin Ines Zimmermann, die den Zustand der halleschen Altstadt im Herbst 1989 offenbaren, die originale Umweltposterausstellung, welche 1983 in der Marktkirche Halle präsentiert wurde sowie authentische Sach- und Zeitzeugen. Diese Präsentation vermittelt die vielen Seiten von Stadtentwicklung heute und morgen.

Als Fazit kann man sagen, unsere „Ersatzveranstaltung“ mit dem Besuch des Stadtmuseums war für alle Teilnehmer wieder ein schönes Beisammensein und ein interessanter Nachmittag mit vielen interessanten Eindrücken.

15. November 2022

DISKUSSION/VORTRAG

Konrad Wolf. Chronist im Jahrhundert der Extreme

mit Hans-Eckardt Wenzel, Moderation: Paul Werner Wagner

VERANSTALTUNGSORT

Stadtbibliothek Halle,
Salzgrafenstr. 2
06108 Halle (Saale)

THEMENBEREICHE

Deutsche / Europäische Geschichte

ZEIT

15.11.2022, 19:30 - 21:30 Uhr

Konrad Wolf. Chronist im Jahrhundert der Extreme

mit **Hans-Eckardt Wenzel**

Moderation: **Paul Werner Wagner**

Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Stadtbibliothek Halle

Im Verlag «Die Andere Bibliothek» erschien im Herbst 2019 «Konrad Wolf. Chronist im Jahrhundert der Extreme». Autoren sind die ehemalige Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestags Dr. Antje Vollmer und der Musiker, Sänger und Schriftsteller Hans-Eckardt Wenzel. Durch den Blick auf Leben und Werk von Konrad Wolf, dem wichtigsten Filmemacher der DDR, wird die vernachlässigte Perspektive Ostdeutschlands auf die Verheerungen und Hoffnungen des 20. Jahrhunderts rekonstruiert.

Fachtagung am 26. November, 10-15 Uhr im Landtag

Qualität im Ganztag

Schulhorte – unser Weg zur
Ganztagsbetreuung in Grundschulen!?

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

www.dielinke-fraktion-lsa.de

Termine + Termine + Termine

Stadtvorstandssitzung

Zeit: 16. November 2022 um 19 Uhr

Ort: Linker Laden

Treffen der Ortsgruppe West in Halle-Neustadt

Zeit: 24. November 2022 um 18 Uhr

Ort: Wahlkreisbüro Hendrik Lange,
Am Gastronom 14, 06124 Halle

Beratung der Basis- und Ortsverbands- vertreter:innen

Zeit: 7. Dezember 2022 um 18 Uhr

Ort: Linker Laden

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung vom 12./13.10.2022

Zur 14. Sitzungsperiode des Landtages standen 27 Themen auf der Tagesordnung, über die am 12 und 13. Oktober debattiert und abgestimmt wurde.

#Inflation

Verlässlicher Energiekostendeckel sofort, Schuldenbremse aussetzen

Die aktuelle Energiekrise und enorme Inflation führen zu einer massiven Verunsicherung in der Gesellschaft und bergen sozialen, ökonomischen und politischen Sprengstoff. Daher hat die Linksfraktion einen weiteren Antrag mit konkreten Forderungen eingebracht. Denn bundesweit würden etwa ein Drittel der Bevölkerung in existenzielle Not geraten, wenn es keine effiziente Deckelung der Energiepreise für Privathaushalte gibt. Da dieses Problem schnellstmöglich gelöst werden muss, scheidet ein Kostenausgleich über eine gesonderte Beantragung durch bedürftige Familien aus. Auch das Festhalten an der Schuldenbremse behindert die Umsetzung dringend notwendiger schnell wirkender und effizienter Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Krise.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Eva von Angern, in der Aktuellen Debatte und bei der Einbringung unseres Antrages im Landtag:

„Der Doppelwumms als die von der Bundesregierung proklamierte Gaspreisbremse ab März 2023 ist leicht durchschaubar. Man will die Bürger*innen durch die Hintertür zur Sparsamkeit zwingen, damit diese in der Hauptheizperiode den Gashahn zudrehen, damit das Gas auch wirklich für die Industrie reicht. Da gibt es sogenannte Entlastungsmaßnahmen, die nach der Heizperiode pünktlich zum Tauwetter erst in Kraft treten und diese werden zusätzlich garniert mit Spartipps durch Winfried Kretschmann und Wolfgang Schäuble, wie man mit Waschlappen und warmen Pullovern möglichst die Heizung komplett ausgeschaltet lassen kann. Doch die Menschen lassen sich nicht für dumm verkaufen!

Ganz nebenbei wird nämlich unter den Teppich gekehrt, dass im Schnitt die Menschen, die zu den 10 Prozent mit dem höchsten Einkommen in unserer

Gesellschaft gehören, vier Mal mehr Energie verbrauchen als jene, die zu den 40 Prozent mit den geringsten Einkommen gehören. Die Energiekommission der Bundesregierung fordert: je mehr Wohnfläche, je mehr Sauna und Pool, umso höher ist die staatliche Förderung. Und zur Schnelligkeit kann ich nur sagen, ich verstehe nicht, warum es schneller sein soll, jede einzelne Monatsrechnung für November anzuschauen, als den Nachweis erbringen zu lassen, wie viele Menschen in einem Haushalt leben.“

Und weiter: „Ca. 40 Prozent der Menschen in unserem Land haben keinerlei Rücklagen. Diese Menschen erleben eine drei- bis viermal höhere Belastung durch die in sämtlichen Lebensbereichen gestiegenen Kosten. Deshalb fordern wir ein Grundkontingent für alle, weil jeder Mensch gleich viel wert ist. Ich bin der Meinung, dass reiche Menschen keinerlei Entlastung durch den Staat erfahren müssen. Im Gegenteil: ich finde, dass sich reiche Menschen viel mehr an den Energieeinsparungen beteiligen müssen.“

„Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass wir wieder eine Energiepreisregulierung bekommen, die sich langfristig dieses Problems annimmt, weil wir die Versorgung unserer Wirtschaft und besonders unserer Bevölkerung mit dringend lebensnotwendigen Dingen wie Strom und Wärme nicht einfach dem freien Spiel der Märkte überlassen dürfen. Es muss endlich über eine Vergesellschaftung von Energiekonzernen gesprochen werden.“

Gleichzeitig kritisierte sie, dass der nunmehr angekündigte Entwurf des Landeshaushaltes erneut viel zu spät vorgelegt werde. Der Antrag der Linksfraktion wurde abgelehnt.

Auf der Landtagssitzung wurden zahlreiche weitere Anträge zum Thema diskutiert. Dabei erklärte die energiepolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich in der Diskussion um einen Landesabwehrschirm gegen die Energiepreiskrise: „Seit über einem Jahr ächzen die Menschen unter Preisanstiegen vor allem bei Strom, Gas, Benzin. Abschlagszahlungen für Energielieferungen steigen um ein Vielfaches und verschlingen ganze Monatseinkommen oder mehr. Das ist für

Menschen mit geringen und mittleren Einkommen kaum noch zu bewältigen. Dazu kommen erhebliche Mehraufwendungen bei der Mobilität, denn sowohl im Nahverkehr als auch Fernverkehr steigen die Preise. Und leider hat es gerade hier Sachsen-Anhalt verpasst, zumindest für das günstige 9-Euro-Ticket vom Sommer zügig eine Anschlussregelung zu schaffen und als Land Verantwortung für die Menschen und deren Entlastung zu übernehmen. Das notwendige Geld wurde schlichtweg nicht bereitgestellt.“

„Sehr viele Menschen in Sachsen-Anhalt, die mit wenig Geld auskommen müssen wie Familien, Alleinerziehende, Sozialleistungsempfänger*innen, Rentner*innen oder Studierende leiden bereits jetzt sehr stark und müssen enorme Einschränkungen hinnehmen. Diese Situation bringt viele an den Rand der Existenz. Gleiches gilt auch insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, Bäckereien, Friseure und andere Handwerksbetriebe. Insolvenzen und Betriebsaufgaben drohen nicht nur, sie sind schon Realität. Aber auch kommunale Energieversorgungsunternehmen, Kliniken, die Kommunen mit Schulen, Kitas usw. sind von diesen massiven Preissteigerungen betroffen. Sie brauchen dringend Unterstützung, um nicht in die Knie zu gehen. Die bisherigen drei Entlastungspakete konnten allerdings gerade Menschen, die es am meisten brauchen, nicht wirklich entlasten. Direktzahlungen sind bei vielen noch nicht angekommen. Bei Hartz-IV-Bezieher*innen hat die Inflation die 200 Euro längst aufgefressen. Völlig absurd bleibt die Entlastung von Menschen, die aufgrund höherer Einkommen die Preissteigerungen nun wahrlich stemmen können. Dieses Gießkannenprinzip muss endlich aufhören, weil Gutverdienende damit wieder stärker entlastet werden. Das hat keinerlei Lenkungswirkung. Wer viel verbraucht, weil er es sich leisten kann, wird nicht zum Sparen angehalten.

DIE LINKE hat bereits im Juli einen Härtefallfonds gefordert, um besonders Notleidenden und Unternehmen in Notlagen schnell zu helfen. Insofern begrüßen wir die Forderungen aus dem vorliegenden Antrag, damit vor allem die Lücken geschlossen werden, die von den Bundesmaßnahmen nicht gedeckt werden. Wenn wir als Landerst abwarten, bis im Bund die Weichen komplett gestellt sind, geht uns als Land doch wieder viel Zeit verloren. Menschen und Unternehmen brauchen die Hilfe jetzt, ganz konkret. Und am Ende müsste aus unserer Sicht mindestens eine

weitere monatliche Abschlagszahlung für die Menschen im Land drin sein.“

#Wasser

Nachhaltiger und verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser

Sachsen-Anhalt spürt die Auswirkungen klimatischer Veränderungen und daraus resultierender Extremwetterereignisse wie Hochwasser und Dürre. Die Hochwasserschutzmaßnahmen sind noch nicht abgeschlossen und Hochwasserschutz nicht umfänglich hergestellt. Auch die Dürre hat vor allem in den letzten Jahren enorme Spuren hinterlassen und die Auswirkungen auf unsere Umwelt, Wasserversorgung und Landwirtschaft sind kaum absehbar. Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie bedarf intensiver Anstrengungen. Ein zeitweiliger Ausschuss „Nachhaltiger und verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser“ setzt ein Zeichen im Land. Die Herausforderung, die Problematik Wasserhaushalt und -nutzung in ihrer Komplexität zu erfassen, rechtfertigt aus Sicht der Fraktion DIE LINKE die Einsetzung eines Unterausschusses.

Zur Einbringung unseres Antrages betonte der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange: „Es geht mir um die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels, der menschengemachten Klimakatastrophe hautnah, live und in Farbe. Wir müssen dringend Anpassungsmaßnahmen vornehmen. Wir erleben, wie unsere Felder verdorren und riesige Waldgebiete absterben. Mit einem Jahr Unterbrechung schlägt die Dürre wieder zu. Und wir wissen, dass sich diese Dürre nicht nur an der Oberfläche abspielt, sondern das Auffüllen der Grundwasserkörper lange Zeit braucht. Wir erleben, wie die Schifffahrt eingeschränkt war und sich daraus wirtschaftliche Einschränkungen ergeben haben. Und die abgestellten Atommeiler in Frankreich, die nicht mehr gekühlt werden können, haben direkte Auswirkungen auf unsere Energieversorgung und auf unsere Energiepreise.

Modernste satellitengestützte Forschungsergebnisse haben ergeben, dass Deutschland eines der Länder weltweit mit dem größten Wasserverlust ist. Jährlich verliert Deutschland 2,5 Gigatonnen Wasser; das ist in den letzten 20 Jahren die Menge des Bodensees. Die Lage ist also dramatisch und verlangt höchste Aufmerksamkeit auch von der Politik.“ Wasser-

verfügbarkeit und nachhaltiger Umgang mit unserem Wasser müssten höchste politische Aufmerksamkeit erhalten. Wir müssten mehr Wasser in der Fläche halten. Hier im mitteldeutschen Trockengebiet komme es besonders darauf an, die Winterfeuchte effektiv zu nutzen, um die Sommertrockenheit zu überbrücken. Wir brauchen effektive Schutzstrategien, um mit Starkregenereignissen umzugehen. Es gehöre zum Paradox dazu, dass es auch wieder Hochwasserereignisse geben werde. Gleichzeitig müssten wir die Versiegelung des Bodens endlich begrenzen, versiegelte Bodenflächen wieder freiräumen, dort, wo versiegelt wird, auf Wasserrückhaltemaßnahmen drängen, Zisternen anlegen und endlich bei der Stadtentwicklung auf Schwammstädte hinarbeiten. Der Antrag wurde abgelehnt.

#Bürgergeld

Keine ausgeschmückte Armut per Gesetz, sondern Überwindung von Hartz IV!

Nach 17 Jahren versucht die Ampel-Koalition das menschenunwürdige System von Hartz IV zu überwinden. Auch wenn der aktuelle Gesetzesentwurf Verbesserung zum bestehenden Hartz-IV-System aufzeigt, die den Alltag von einigen Betroffenen fühlbar erleichtern werden, betreffen die wesentlichen Verbesserungen nur bestimmte Personengruppen. Die zentralen finanziellen Verbesserungen beim Bürgergeld gehen an denjenigen vorbei, denen es ökonomisch am schlechtesten geht. Die erhofften Verbesserungen von mehr sozialer, politischer und kultureller Teilhabe und eine gesunde Ernährung, werden nicht ohne massiv erhöhte Regelsätze zustande kommen. Notwendig ist eine vollständige Abschaffung von Sanktionen und sogenannten Leistungsminderungen, die zu Mangellagen führen, Menschen mit niedrigem Bildungsgrad diskriminieren.

Die sozialpolitische Sprecherin Monika Hohmann unterstrich in ihrer Einbringung: „Seit 17 Jahren erklären wir als DIE LINKE, dass das Grundsicherungssystem ALG II, auch Hartz IV genannt, generell menschenunwürdig und die Armut per Gesetz ist.“ Mit dem bestehenden Referentenentwurf würden die Hoffnungen an vielen Stellen stark gedämpft. Rundum könne gesagt werden, dass mit dem aktuellen Entwurf Hartz IV nicht überwunden werden kann. Für eine Vielzahl der Leistungsberechtigten ergäben sich keine spürbaren Verbesserungen. „So müssen wir feststellen, dass Langzeiterwerbslose, chronisch Kranke,

Bezieherinnen der Erwerbsminderungsrente oder auch Personen mit aufstockendem Leistungsbezug keine hilfreiche Berücksichtigung im Referentenentwurf finden.“ Die Höhe des Bürgergeldes ist nicht ausreichend. Langfristig muss für Kinder und Jugendliche eine eigenständige sanktionsfreie Grundsicherung eingeführt werden, so einige unserer Forderungen im Antrag.

Der Antrag wurde abgelehnt.

#aktuell debattiert

Hände weg vom Nationalpark Harz - klares Bekenntnis zum größten deutschen Waldnationalpark

In letzter Zeit wurden insbesondere auch aus der Politik Stimmen laut, die das naturschutzfachliche Konzept zum Nationalpark Harz anzweifeln. Der Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt, Sven Schulze, stellte den gesamten Nationalpark vor Kurzem öffentlich grundsätzlich infrage. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE darf das Gesamtkonzept für einen gemeinsamen Nationalpark nicht angezweifelt werden. Der Landtag soll sich zum Nationalpark Harz bekennen und diesen in all seinen naturschutzfachlichen und touristischen Aspekten würdigen. Dazu hat die Linksfraktion in einer von ihr initiierten Aktuellen Debatte auch einen entsprechenden Antrag vorgelegt.

Der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange sagte dazu: „Mit dem Nationalpark Harz verfügen die Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt über einen der größten - wenn nicht gar den größten Waldnationalpark Deutschlands. Er umfasst mit seinen 247 Quadratkilometern etwa 10 Prozent des Harzes und ist international anerkannt. Gemäß dem weltweiten Motto der Nationalparke „Natur Natur sein lassen“ wird immer mehr Fläche im Nationalpark sich selbst überlassen, so dass sich eine neue Wildnis entwickelt. Ziel ist es dabei, dass mindesten 75 Prozent der Fläche eine Naturdynamikzone werden, was für die internationale Anerkennung eine Mindestgröße darstellt. Die Natur Natur sein lassen, die Entwicklung der Wildnis, das alles ist nicht nur spannend für den Naturschutz und die Wissenschaft. Die Wildnis im Harz ist vor allem auch eines - sie ist schön. Und was so schön ist wie der Nationalpark Harz, das schützt man und entwickelt es weiter.“

In seine Ausführungen bedankte er sich ausdrücklich bei den Mitarbeiter*innen des Nationalparks für ihre

geleistete Arbeit und setzte fort: „Und nun ist der Schutz der Natur natürlich der wichtigste Aspekt. Aber weil der Nationalpark so schön ist, lockt er jedes Jahr Millionen Tourist*innen an. Allein der Brocken zählt über 1,7 Millionen Besucher*innen jährlich. Insgesamt werden etwa 9 Millionen Besucher*innen der Nationalparkregion zugeordnet. Wir sind uns also auch der touristischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Nationalparks bewusst. Umso erschreckender und unverständlicher war es für uns, dass ausgerechnet der für Forst, Tourismus und Wirtschaft zuständige Minister Schulze den gemeinsamen Nationalpark mit Niedersachsen in Frage stellte und den Sachsen-Anhaltischen Teil herauslösen wollte. Er hat mit dieser Hauruckaktion gezeigt, dass er vom Forst, noch von Wirtschaft und sogar vom Tourismus wenig Ahnung hat. Und dass, obwohl er sich ja sein Superministerium selbst zusammengezimmert hat. Wer sich als Kronprinz im Superministerium inszeniert, muss mehr können als provokante Schlagzeilen zu produzieren. Er braucht Fachkompetenz und Fingerspitzengefühl und die nötige Ruhe, auch und gerade wenn es brennt. Im Wahren und im übertragenen Sinne des Wortes.

Herr Minister, Sie können heute die Gelegenheit nutzen und zugeben, dass das eine schlechte Performance war und sich dafür entschuldigen.“ Dieser Antrag und diese Debatte seien Folge unbesonnener Äußerungen eines Ministers. Umso wichtiger sei ein erneutes Bekenntnis zum gemeinsamen Nationalpark und seiner Naturschutzfachlichen Konzeption. Das könne Missverständnisse und Irritationen ausräumen und stärke der Nationalparkverwaltung den Rücken. „Wenn wir es jetzt noch schaffen, den Nationalpark Harz mit mehr Mitteln auszustatten haben wir etwas Gutes für den Naturschutz, für den Tourismus und die Wirtschaft getan“, so Hendrik Lange.

Der Antrag wurde in die für Forst und Umwelt zuständigen Ausschüsse überwiesen.

#Bildung

Masterplan zur Sicherung der Schulbildung in Sachsen-Anhalt gefordert

Der Lehrkräftemangel hat durch die verfehlten Bedarfsprognosen seit 2007 und die darauf begründete Reduzierung der Lehramtsausbildung ein Maß erreicht, dass die Zukunftsfähigkeit des Landes insgesamt und die individuellen Entwicklungsperspektiven zehntausender Schüler*innen massiv bedroht. Nach

den derzeit absehbaren Rahmendaten muss im Gegenteil damit gerechnet werden, dass bei Fortsetzung der aktuellen Personalpolitik ohne eine Erweiterung der bisher ergriffenen Maßnahmen in den kommenden Jahren immer neue Tiefpunkte im schulischen Bildungsangebot zu verzeichnen sind. Die schnell und beständig wachsende Differenz in der Unterrichtsversorgung zwischen den Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II, am stärksten zwischen den zentralen Schulformen den Sekundarschulen auf der einen und den Gymnasien auf der anderen Seite verschärfen die ohnehin bestehende Bildungsgerechtigkeits- und Ungerechtigkeitsprobleme im gegliederten Schulsystem. Hinzu kommt eine immer stärkere Disparität zwischen den Regionen des Landes - zulasten der Landkreise im Norden und Osten des Landes. Die Bekämpfung des Mangels muss deshalb in das Zentrum aller politischen und administrativen Anstrengungen gerückt werden. Neben kurzfristig wirkenden Maßnahmen der Personalgewinnung kommt es für eine mittel- und langfristig wirkende Problemlösung darauf an, die Fehler in der Lehramtsausbildung an den beiden Universitäten des Landes zu korrigieren. Das betrifft insbesondere die Wiederaufnahme der Lehramtsausbildung in Magdeburg, die bessere Fächersteuerung, die den prognostizierten Bedarf nicht länger ignoriert, und die deutlich stärkere Ausrichtung der fachwissenschaftlichen Ausbildung im Lehramtsstudium am Studienziel.

Dazu betonte Thomas Lippmann, stellv. Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher: „4.121 - das war die Zahl der Woche des Statistischen Landesamtes zum Weltlehrertag am vergangenen Mittwoch. So viele Lehramtsstudierende gab es vor einem Jahr in Sachsen-Anhalt. Das klingt vielleicht viel, ist es aber nicht. Denn um unseren Einstellungsbedarf im nächsten Jahrzehnt aus eigener Kraft zu decken, müssten es 2 000 bis 3 000 Lehramtsstudierende mehr sein. Es waren aber nur 200 Studierende mehr als im Jahr 2020.“ Im gesamten Jahr 2021 hätten noch nicht einmal 400 Studierende ihr Lehramtsstudium bei uns abgeschlossen. Das sei weiterhin nicht einmal die Hälfte der Zahl der derzeit ausscheidenden Lehrkräfte. Um uns aus dem Mangel wieder herauszuarbeiten, würden wir in den nächsten zehn Jahren also zwei- bis dreimal so viele Absolventen benötigen. Doch in der Lehramtsausbildung werde noch immer gemauert und geknausert. Am Ende stehe gern die Behauptung, dass es ja gar keine Bewerberinnen und

Bewerber für noch mehr Studienplätze gäbe. Fakt sei aber, dass diese 400 Lehramtsabsolventen im Jahr 2021 noch nicht einmal 5 % der Hochschulabschlüsse ausgemacht hätten.

„Es gibt genügend junge Menschen, die ein Lehramt studieren wollen,“ so Thomas Lippmann weiter. „Man muss sie nur lassen und ihnen ein adäquates Studium anbieten. In jedem Jahr werden Hunderte Interessenten an einem Lehramtsstudium von der MLU ferngehalten, weil es jede Menge Zulassungsbeschränkungen gibt.“ Die Folgen dieses Mangels sind gravierend und führen zu zahllosen Unterrichtsausfällen. „Deshalb gehört jetzt ein Masterplan für die Sicherung der Schulbildung auf Ihren Tisch. Es ist der entscheidende Zeitpunkt, um Verantwortung zu übernehmen und Weichen anders zu stellen. Wir haben unsere Vorschläge dazu im vorliegenden Antrag zusammengetragen und bieten unsere Unterstützung an.“

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung und den Wissenschaftsausschuss überwiesen

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + +

Wahl eines Vizepräsidenten der AfD scheitert erneut

Die Fraktion der AfD unternahm einen weiteren Anlauf, einen ihrer Abgeordneten zu Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Auch der nunmehr vorgeschlagene Matthias Lieschke scheiterte. Allerdings gab es auch dieses Mal für seine Nominierung mehr ja-Stimmen, als die AfD Abgeordnete hat. Anders als im Bundestag agieren die demokratischen Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt nicht konsequent einheitlich bei der Ablehnung.

Weiterhin kein Landesdatenschutzbeauftragter in Sicht
Beim zweiten Versuch einer Wahl des Landesdatenschutzbeauftragten erreichte erneut keiner der Bewerber die erforderliche Mehrheit.

+ Was sonst noch passierte +

Verirrter Spatz sorgt für Aufregung

Während der Landtagsdebatte am Donnerstag hatte sich ein Spatz in den Plenarsaal verirrt. Das sorgte für Aufregung im Saal. Wir können berichten, dass nach mehreren Versuchen der geflügelte Gast erfolgreich eingefangen und wohlbehalten in die Freiheit entlassen wurde.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 16. Oktober 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten

der Landtagssitzungen im Oktober 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

Gründungstreffen

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit lade ich euch zum Gründungstreffen des Karl-Liebknecht-Kreises in Sachsen-Anhalt. Es findet statt am **Samstag, dem 10. Dezember 2022 von 13-17 Uhr in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Magdeburg, Ebendorfer Str.3** (vom Hauptbahnhof Magdeburg 15 Minuten Fußweg, über Ernst-Reuter-Allee und Olvenstedter Str.).

Da die Teilnehmer aus dem gesamten Landesverband kommen, habe ich einen Samstagnachmittag gewählt, damit für Anreise und Rückkehr genug Zeit zur Verfügung steht.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Aktuelles (u.a. Bericht zu Verlauf und Inhalt des bundesweiten Vernetzungstreffens in Berlin am 3.12., einem Aufruf folgend, der ein Ende der Koexistenz mit Sahra Wagenknecht fordert und von vielen als Spaltungsversuch beurteilt wird.)
2. Erfahrungen bereits arbeitender Liebknecht-Kreise (Beitrag eines Mitglieds des Karl-Lieb-knecht-Kreises in Brandenburg)
3. Beratung zu Aufgaben und Zielen des Karl-Lieb-knecht-Kreises im Landesverband Sachsen-Anhalt (welche Haltung nehmen wir in der Frage Krieg und Frieden ein, was bedeutet Lieb-knechts „Krieg dem Kriege“ in der aktuellen internationalen Lage, was können wir tun, um Spaltungsversuche in unserer Partei abzuwehren?)
4. Wahl eines Sprecherrates
5. Verschiedenes

Für Rückmeldungen und Fragen bitte Mail an: kuhl.schuemer@gmail.com oder Anruf unter 01749939863, mit sozialistischen Grüßen,
Rolf Schümer
OV Seehausen